

Tschechien

VLADÍMIR HANDL / KRISTINA LARISCHOVÁ

Die wichtigsten politischen Parteien – die Sozialdemokratie (CSSD), die die Minderheitsregierung bildet und die Demokratische Bürgerpartei (ODS), die sie aufgrund des 'Oppositionsvertrages' duldet und damit ihr Überleben ermöglicht – haben ihre Zusammenarbeit mit weiteren Abmachungen am 14. Februar 2000 vertieft. Diese betreffen u.a. die Unterstützung des Staatshaushaltes, die Änderung des Wahlgesetzes zu Gunsten des Mehrheitssystems sowie die Beschleunigung der Vorbereitungen für den EU-Beitritt. Die Position der Regierung schien dadurch an Stabilität zu gewinnen, möglicherweise sogar bis zu den nächsten Wahlen im Jahr 2002. Obwohl die wirtschaftliche Rezession im letzten Quartal 1999 einem milden Wachstum Platz gemacht hat, verschlechterte sich die Präferenzlage zu Ungunsten der Sozialdemokratie deutlich. Eine Umfrage Ende März 2000 prognostizierte folgende Ergebnisse: ODS 22%, Sozialdemokratie 20%, Kommunisten 18%, Freiheitsunion 14%, Christdemokratie 12%.¹

Nach dem Machtwechsel im Jahr 1998 zeigt sich die offizielle europapolitische Ausrichtung eindeutig integrationsfreundlich.² Das politische Momentum des Integrationsprozesses wird betont und das Ziel einer politischen Union mit einer sozialen und ökologischen Dimension bejaht. Tschechien begrüßt auch unter dem Eindruck der Kosovo-Krise Fortschritte auf dem Gebiet des zweiten Pfeilers der EU und deklariert seine Bereitschaft an der Zusammenarbeit im dritten Pfeiler aktiv teilzunehmen. Der Referenztermin für den Beitritt bleibt das Jahr 2003. In der vorläufigen Position zur institutionellen Reform der EU³ verlangt Tschechien einen eigenen Kommissar; der Verbreitung des qualifizierten Entscheidungsprinzips steht das Land positiv gegenüber, vertritt jedoch keine entschiedene Position.

Die Regierung tat sich schwer, angesichts der ablehnenden Haltung der Öffentlichkeit zu einer kohärenten Position bezüglich der NATO-Luftangriffe gegen Jugoslawien zu gelangen. Die NATO-Mitgliedschaft wurde allerdings nicht in Zweifel gezogen. Ein Konsens herrschte in Ablehnung der Forderungen nach Aufhebung der Dekrete des Präsidenten Beneš, die die neue Wiener Regierung forderte. Die Haltung der EU gegenüber Österreich fand eine Unterstützung der Regierung und des Präsidenten, nicht jedoch der ODS. Prag beteiligte sich aktiv am Wiederbeleben der Visegrád Gruppe, einschließlich praktischer Koordination der Verhandlungspositionen gegenüber der EU, wie z.B. im Agrarbereich.⁴ Hoffnungen bestehen, dass Bratislava doch gleichzeitig der EU beitreten und damit auch die Schengen-Standards einführen wird. In den Vordergrund der tschechisch-deutschen Beziehungen wurde die Integrationspolitik gestellt.

Öffentlicher integrationspolitischer Diskurs

Allgemein positiv wurde die Ernennung Günter Verheugens zum Kommissar für die EU-Erweiterung aufgenommen. Obwohl die konservative Opposition skeptisch blieb, überwog eine insgesamt positive Einschätzung des Berliner und Kölner EU-Gipfeltreffens. Das Gipfeltreffen in Helsinki wurde hingegen teilweise kritisch als ein Schritt zur Verzögerung der Erweiterung wahrgenommen.

Der ODS-Chef und Parlamentspräsident Klaus sprach die Befürchtungen vor dem Verlust nationaler Identität in der Bevölkerung an: Tschechien würde sich wie Würfelzucker in der Kaffeetasse der EU auflösen.⁵ Die ODS scheint eine Verzögerung des Beitritts vorzuziehen, der Beitrittstermin 2003 gilt als unrealistisch. Sie sprach sich für ein Europa mehrerer Geschwindigkeiten aus und wollte sich dafür einsetzen, die EU und die NAFTA zu verbinden.⁶ Die Wirtschafts- und Währungsunion wird als ein weiterer Schritt zur Unitarisierung der EU kritisiert.⁷ Im Verständnis der EU als Schicksalsgemeinschaft im kommunitaristischen Sinne sieht sie die Begrenzung der neoliberalen Sicht der Freiheit der Wahl.⁸ Präsident Havel betonte dagegen seine Vision eines de facto föderalen Europas und sprach sich für die Ausarbeitung einer Europäischen Verfassung aus.⁹ Kleinere oppositionelle Parteien der Mitte, die Bürgerinitiative 'Impuls 99' sowie die tschechische Wirtschaftskammer und der Industrie- und Verkehrsverband blieben europafreundlich und haben einen schnellen EU-Beitritt gefordert.

Die Bevölkerung würde in einer imaginären Volksabstimmung im Jahr 2000 mit 44% dem EU-Beitritt zustimmen, 16% wären dagegen, 18% könnten sich nicht entscheiden und 22% würden an der Volksabstimmung nicht teilnehmen.

Regelmäßiger Bericht der Europäischen Kommission¹¹

Nach der „kalten Dusche“ 1998 folgte am 13. Oktober 1999, wie allgemein erwartet, eine noch härtere Kritik am tschechischen Fortschritt bei den Beitrittsvorbereitungen. Die Europäische Kommission kritisierte andauernde Mängel im Gerichtswesen, die Situation von Roma-Bevölkerung, Korruptions- und Wirtschaftskriminalitätsbekämpfung sowie die Langsamkeit der Strukturreform der Wirtschaft. Die kurzfristigen Prioritäten der Beitrittspartnerschaft im Bereich Rechtsangleichung wurden nicht erfüllt, was auf die Minderheitenstellung der Regierung, die extreme Länge der Billigungsprozesse im Parlament, die ungenügende Qualität der Regierungsentwürfe sowie die schwache Koordinierung unter den einzelnen Ressorts zurückzuführen war. Der Mangel an qualifiziertem Personal und das fehlende Gesetz zum Staatsdienst verursachen die unzureichende Verwaltungskapazität für eine Durchführung des *acquis*. Die linke Regierung konnte allerdings die Sozialcharta der EU sowie die Europäische Charta für lokale Selbstverwaltung durchsetzen.

Der Kommissionsbericht wurde innenpolitisch politisiert. Die ODS nahm die am stärksten ablehnende Haltung ein.¹² Andererseits haben die kleineren Parteien der Mitte der Kommission schon im Voraus einen eigenen quasi-objektiven Bericht präsentiert. Die Regierung selbst hat die Kritik „Brüssels“ als begründet anerkannt und am 15. November 1999 unmittelbare legislative Maßnahmen getroffen.

Entwicklung der Beitrittsvorbereitungen

Außenminister Kavan, Präsident Havel und Chefunterhändler Teliäka bemühten sich, die wachsenden Befürchtungen vor einer eventuellen Verschiebung der Tschechischen Republik in die „zweite Erweiterungsrunde“ als Impuls für die rasante Beschleunigung der Beitrittsvorbereitungen zu nutzen. Das nationale Programm der Vorbereitung zum EU-Beitritt 2000 hat der legislativen Angleichung höchste Priorität eingeräumt. Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Konkurrenzfähigkeit und Solidarität waren die Hauptthemen der Wirtschaftlichen Strategie des tschechischen Beitritts zur EU (17.5.1999), die sich verstärkt auf Wirtschaftswachstum und weniger auf die niedrige Inflation konzentriert. Die Regierung will einem möglichen Preisschock vorbeugen, rechnet jedoch mit Beendigung sämtlicher Preisregulationen erst im Jahre 2002. Eine große Aufmerksamkeit wird dem institutionellen Rahmen für die Restrukturierung der Unternehmen geschenkt. Die Strategiekonzepte der Ressorts beinhalten erste Ansätze einer Strukturreform. Die eher liberalen Elemente der Wirtschaftspolitik (z.B. Bankenprivatisierung) haben zugenommen.

Der Kommissionsbericht 1999 veranlasste eine Veränderung der institutionellen Sicherung der Beitrittsvorbereitungen. Die Position des parteilosen Chefunterhändlers Teliäka hat sich durch seine Ernennung zum Staatssekretär für europäische Angelegenheiten verstärkt. Auf diese Art wurde die ungenügende Verbindung zwischen der Koordinierungs- und Kontrollfunktion gemildert. Außenminister Kavan wurde zum Vize-Ministerpräsidenten für Außen- und Sicherheitspolitik ernannt. Die Minderheitsregierung und die ODS einigten sich auf Änderungen der Geschäftsordnung der Abgeordnetenversammlung, die den Gesetzgebungsprozess in den EU-relevanten Fällen verkürzt.¹³

Beziehungen mit der EU

Die tschechische Seite empfand die Kommunikation mit der Kommission bei der Vorbereitung der Beitrittspartnerschaft 2000 zum Teil als schwierig. Auch die tschechischen Erfahrungen mit dem Twinning-Programm waren zwiespältig:¹⁴ Die Europäische Kommission habe die Stellungnahmen der tschechischen Ressortexperten ungenügend beachtet. Es wurde der Verdacht geäußert, durch Twinning werden die EU-Normen auf einem Umweg importiert.

Die handelspolitischen Streitigkeiten mit der EU beeinflussten negativ die Perception der EU in der Öffentlichkeit. Im Mai 1999 spitzten sich die Auseinandersetzungen mit der Europäischen Kommission wegen den seit März als Notmaßnahme erhöhten Zöllen auf Zuckerimporte zu. Nach massivem Druck der Europäischen Kommission wurde eine Novelle des Lotterieggesetzes gebilligt, die die Diskriminierung der ausländischen Unternehmen abschaffte. Tschechien versuchte seine Versprechen aus den Beitrittsverhandlungen zurückzunehmen und die Liberalisierung der Telekommunikation erst ab Mitte 2001 einzuleiten.

Während der Beitrittsverhandlungen hat Tschechien alle Positionsdokumente bis zum 3. Dezember 1999 überreicht, in denen sie mehr als 20 Übergangsfristen auf den folgenden Gebieten vorsieht: Kultur und Audiovision, Energie, Umweltstan-

DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

dards (sieben Regelungen), Freier Personen- und Kapitalverkehr, Steuern, Finanz- und Staatshaushaltsanordnungen, Justiz und Inneres, Landwirtschaft. Zehn Kapiteln wurden vorläufig abgeschlossen, darunter das schwierige Kapitel Freier Güterverkehr. Prag beansprucht nicht mehr die Beibehaltung der Zollunion mit der Slowakei, die die EU strikt ablehnte, und will nur einige Vorteile, wie z.B. den Nulltarif auf Agrarprodukte, aufrecht erhalten.

Schlussfolgerung

Obwohl Tschechien das zweitbeste wirtschaftliche Niveau unter den Kandidatenländern hat,¹⁵ gab es im Jahre 1999 schwerwiegende Probleme bei der Verwirklichung der Beitrittspartnerschaft. Vor allem die langsame Rechtsangleichung verursachte eine negative Bewertung Tschechiens im regelmäßigen Bericht der Kommission. Diese, wie auch die Schwierigkeiten bei der Vorbereitung von konzeptionellen Dokumenten und Ressortpolitiken, wurden durch die Minderheitenstellung der Regierung und durch den Mangel an gut qualifizierten Staatsbeamten verursacht. Nach der Veröffentlichung der harten Kritik aus „Brüssel“ schienen die Regierung und auch der Premierminister die Beitrittsvorbereitung ernster zu nehmen. Der Eindruck, der zweite regelmäßige Bericht sei die letzte Warnung für Tschechien und das Jahr 2000 biete die letzte Chance, um in der ersten Beitrittsrunde anwesend zu sein, regte eine fieberhafte legislative Aktivität an.

Anmerkungen

- 1 MF Dnes v. 14.4. 1999 aufgrund von Daten der Umfrageagentur IVVM.
- 2 Die Außenpolitische Konzeption wurde von der Regierung im Februar 1999 verabschiedet. http://www.mzv.cz/_dokumenty/koncepcie_in dex.html
- 3 *Uniting Europe* No. 88, v. 28.2. 1999, S. 1 ff.
- 4 *Agrární komory zemí V4 o přípravě na členství v EU* (Die Agrarkammern der vier Visegrad-Länder über die EU-Beitrittsvorbereitungen). *České noviny* (ČTK), 1.4.2000, <http://img.ceskenoviny.cz/bt.gif>
- 5 *Právo* v. 27. 1. 1999.
- 6 *Ideová konference ODS, Praha 29.-30.5.1999*, <http://www.ods.cz/asc/dikonpr.html>
- 7 V. Klaus, 'Evropa stojí na křižovatce', *LN* v. 7.7.1999.
- 8 V. Klaus, 'Liberalismus: Krise oder Hoffnung?', in: *Europäische Rundschau*, 2/1999, S. 79.
- 9 http://www.hrad.cz/president/Havel/speeches/index_uk.html
- 10 Daten der Umfrageagentur IVVM Nr. 00-04.
- 11 http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/czech/rep_10_99/index.htm
- 12 *Ekonom* Nr. 46/1999 v. 18. 11. 1999.
- 13 Am 2.2.2000 billigte die Abgeordnetenkammer die entsprechende Anpassung.
- 14 Interview mit dem Chefunterhändler P. Telička, in: *Právo* v. 13.7. 1999.
- 15 Das tschechische BIP pro Kopf (wenn EU=100) wird auf 62 geschätzt. Pöschl, Josef: *Tschechiens Wirtschaft*, WIIW; WISO 22. Jg., Nr. 2., Wien, 1999, S. 60.

Weiterführende Literatur

- Pöschl, J.: *Czech Republic: Medium- and Long-term Economic Prospects*, WIIW, Vienna, March 1999.
- '*Enlargement/Agenda 2000-Watch*', No.1, 2/1999, Institut für Europäische Politik, Bonn 2000.
- Lord, Ch. (Hrsg.): *Central Europe. Core or Periphery?*, Copenhagen Business School Press 1999.
- The Roma and Europe*, Conference Proceedings, Institut für Internationale Beziehungen (IIR), Prag 1999.
- Perspectives* Nr. 12, 13, IIR Prag 1999/2000.